

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/168

Bad Godesberg, den 4. September 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	Das Parlament hat das Wort Zur Sondersitzung des Bundestages	43
2	Überwachung auch weiterhin erforderlich Die Umweltradioaktivität im Jahr 1966 Von Professor Dr. Karl Bechert, MdB	42
3 - 4	Management statt Politikum Was geht in bundeseigenen Unternehmen vor ? Von Klaus Rusticus, Hannover	93
5 - 6	Säuberung in Polen Auf der Abschlußliste: Zionisten, Katholiken, Pro-Chinesen und Diebe	72

* * *

Das Parlament hat das Wort

Zur Sondersitzung des Bundestages

sp - Die große Politik hat in Bonn wieder Einzug gehalten. Noch einmal wird in der Sondersitzung des Bundestages allen die schwere Erbschaft bewußt werden, die die Regierung Erhard/Mende hinterlassen hat und die in mühseliger, Opfer von vielen Seiten abverlangender Arbeit abgetragen werden muß. Die Große Koalition bezieht ihre Rechtfertigung aus der Fülle und Größe der zu lösenden Probleme. Sie sind in der Regierungserklärung vom 13. Dezember vergangenen Jahres in einem eindrucksvollen Katalog enthalten.

Zur Beratung stehen auf der Tagesordnung der Sondersitzung des Bundestages die mittelfristige Finanzplanung und das Zweite Konjunkturprogramm an. Im Rahmen der mehrjährigen Finanzplanung der Bundesregierung, die auf allen Ebenen der öffentlichen Hand zu einer größeren Übersichtlichkeit und Klarheit in der Haushaltsführung anregen soll, werden in den nächsten vier Jahren etwa dreißig Milliarden DM weniger ausgegeben, als ursprünglich von den Fachministerien vorgesehen war. Noch niemals in der deutschen Parlamentsgeschichte ist eine Streichung von Haushaltsvorschlägen in solcher Höhe erfolgt; sie bezeugt den entschlossenen Willen der gegenwärtigen Bundesregierung, mit den vom Steuerzahler aufgebrauchten öffentlichen Geldern recht sparsam umzugehen.

Die Regelung von Einnahmen allein bringen Staat und Wirtschaft nicht weiter, wenn sie nicht begleitet ist von einem Konjunkturprogramm, das der Wirtschaft belebende Impulse gibt und den Menschen die Sorge um den Arbeitsplatz nimmt. Die Talsohle ist zwar durchschritten, doch über dem Weg nach oben hängen immerhin noch Fragezeichen. Das Zweite Konjunkturprogramm, das auf Bund, Länder und Gemeinden verteilte Investitionspritzen in der Höhe von über fünf Milliarden DM vorsieht, soll darauf die Antwort geben. Jene Kritiker, die ein solches Programm nicht mehr für nötig halten, leben an der Wirklichkeit vorbei. Die Wirtschaft bedarf kräftiger Investitionen, um ihre Räder in vollen Schwung zu bringen und wieder Vertrauen zu sich selbst zu fassen.

Die freigewählte Volksvertretung hat das letzte Wort. Gewiß wird es an kritischen Einwänden gegenüber dem einen oder anderen Punkt nicht fehlen. Doch die übergroße Mehrheit wird sich wohl der Einsicht in die übergeordneten Zielsetzungen nicht verschließen. Sie lauten Ordnung der Staatsfinanzen, gesichertes Wachstum der Wirtschaft und Stabilität des Geldwertes. Ohne diese drei Säulen ruht unser Staatswesen auf schwankender Grundlage. Die Regierung verfügt wieder über ein Instrumentarium, mit dem sie die Entwicklung beeinflussen kann. Und an Willen dazu fehlt es nicht. Dies bleibt gewiß nicht ohne Einfluß auf die kommenden Parlamentsdebatten dieser Woche.

Überwachung auch weiterhin erforderlich

Die Umweltradioaktivität im Jahr 1966

Von Professor Dr. Karl Bechert, MdB.

Das Bundesministerium für Gesundheitswesen berichtet, einem Beschluß des Bundestages von 1962 folgend, jährlich über den Stand und die Entwicklung der Strahlenbelastung durch radioaktive Strahlung. Natürlich ist der Gehalt radioaktiver Stoffe in unserer Nahrung, im Pflanzenwuchs, im Boden, im Niederschlag, in den Gewässern, im letzten Jahr zurückgegangen, auch um ein Geringes bei dem gefährlichsten Stoff, dem Strontium 90.

Eine Ausnahme gibt es aber dabei, und die ist allerdings die wichtigste aller Strahlenbelastungen für uns, nämlich der Gehalt an Strontium 90 im menschlichen Knochengestüt. Dieser Gehalt ist nicht zurückgegangen, sondern seit Anfang 1965 einigermaßen gleichgeblieben und liegt bei fünf bis zehn Prozent der nach heutiger wissenschaftlicher Meinung höchstzulässigen Menge. Dazu kommen die Strahlenbelastungen durch andere radioaktive Stoffe wie Cesium 137, das überall ins menschliche Muskelgewebe einwandert, und die Belastung durch kurzlebige, also nur kurze Zeit strahlengefährliche Stoffe wie Jod 131, aus den französischen und, für uns vor allem, aus den chinesischen Atomwaffenversuchen. Die Höchstwerte der Zufuhr von Strontium 90 in einem Jahr durch den Verbrauch von täglich einem Liter Milch lagen 1966 nach Messungen in Kiel und Stuttgart das ganze Jahr über um 30 Prozent der höchstzulässigen Menge.

Weil Zisternenwasser erheblich stärker radioaktiv verseucht ist als Wasser aus Talsperren oder Grundwasser, bemüht man sich seit Jahren, die Zahl der Zisternen zu verringern und an deren Stelle zentrale Wasserversorgungsanlagen zu bauen. 1966 waren noch 113 700 Einwohner der Bundesrepublik auf Zisternenwasser angewiesen, die Zahl der Zisternen betrug noch 24 300.

Das Bundesministerium für Gesundheitswesen faßt die jetzige Lage der Strahlenbelastung für die Bevölkerung in der Bundesrepublik so zusammen: "Die fallende Tendenz der Umweltradioaktivität, insbesondere der radioaktiven Kontamination" (= Verseuchung) "der wichtigsten Lebensmittel, hat während des Beobachtungsjahres" (1966) "weiter angehalten. Ungeachtet dessen ist eine kontinuierliche, sorgfältige Überwachung der Umweltradioaktivität auch weiterhin erforderlich". Hinzuzufügen ist, daß die Strahlenbelastung bestimmter Menschengruppen in der Bundesrepublik deutlich höher ist als die des Durchschnitts, z.B. Strahlenbelastung, die mit der Berufstätigkeit zusammenhängt, wie sie in der Industrie verschiedenster Zweige, nicht nur in der Reaktorindustrie, aber auch bei Ärzten, Krankenpflegepersonal und in der Forschung und auch in der Umgebung von Reaktorstationen gegeben ist.

Management statt Politikum

Was geht in bundeseigenen Unternehmungen vor ?

Von Klaus Rusticus, Hannover

Um die bundeseigenen Unternehmungen wurde in jüngster Zeit so viel Aufsehen gemacht, daß die breite Öffentlichkeit daraus folgern müßte, die Bundesregierung sei lediglich darum bemüht, die Lebensdauer der Gesellschaften, an denen der Bund mit mehr als 50 Prozent beteiligt ist und die noch immer über 200 000 Menschen beschäftigen, zu verlängern. In Wahrheit ist es genau umgekehrt. Management statt Politikum... so lautet die Devise für die sogenannten "Bundesunternehmen". Oder noch präziser: Wenn die Große Koalition z.B. gewillt ist, der bundeseigenen Salzgitter-AG (83 000 Mann) im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung von 1968 bis 1971 ca. 300 Millionen DM zur Beseitigung ihrer besorgniserregenden Unterkapitalisierung und ferner aus dem Zweiten Konjunkturprogramm weitere 127 Millionen DM für struktur- und konjunkturbedingte Maßnahmen zur Verfügung zu stellen, dann erhofft sie sich hiervon, daß der Konzern endlich aus der Verlustzone herauskommt und die Arbeitsplätze vor allem im Zonenrandgebiet gesichert werden.

Das bestätigte auch der Bundesvermögensausschußvorsitzende, Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Junghans (SPD-MdB), der für eine Straffung und Neuorganisation der Bundesunternehmen bereits plädiert hat.

Übereinstimmung mit dem Schatzministerium

Scheint sich Junghans hierbei in erfreulicher Übereinstimmung mit Bundesschatzminister Schmücker (CDU) und der Mehrheit des Bundesvermögensausschusses zu befinden, können sich offensichtlich manche Vorstände von Bundesunternehmen mit einem neuen, vom Schatzministerium zu erwartenden Konzept nicht recht abfinden. Diese warten lieber auf Direktiven des Ministeriums, statt mit unternehmerischer Initiative manches längst fällige Problem selbst zu meistern.

Der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie, Berg, bemühte sich zwar (höchst unmotiviert), das Image Salzgitters zu untergraben, als er jüngst erklärte, "er würde lieber bei den Eskimos eine Matratzenfabrik als in Salzgitter eine Walzenstraße bauen". Doch wenn Präsident Berg auch seine Kompetenz hierbei überschritten hat (weil schließlich bundeseigene Gesellschaften den gleichen Wettbewerbsbedingungen wie die übrige Industrie unterliegen und sie sich gegen derart schädigende Schlagworte verwahren müssen), so ist dieser Vorfall aber auch ein eklatantes Charakteristikum dafür, wchin unzureichende unternehmerische Initiative führen kann.

Präsident Berg schöpfte vermutlich seine "Weisheit" aus manchen Investitionen, die beim Salzgitter-Konzern zu spät erfolgten. Das gilt z.B. für die gegenwärtige Umstellung vom Thomasstahlverfahren auf das marktgerechte Oxygen-Blasstahlverfahren, was Konkurrenzunternehmen schon früher in die Wege leiteten, und offensichtlich auch für die gewaltigen Verluste, die der Salzgitter-AG durch die Übernahme der Büssing-Automobilwerke Braunschweig erwachsen.

Das dürfte aber keinesfalls Herrn Berg zu einem solchen Ausspruch bewegen, es sei denn, er wollte damit bewußt jedwede neue konzeptionelle Unternehmensführung bei der Salzgitter-AG sabotieren helfen.

Ansätze sind zu erkennen

Gewiß würde in der Vergangenheit, als die Große Koalition in Bonn noch nicht regierte, auch in diesem Sektor gesündigt. Die von der Regierung Erhard 1962 beschlossene Kapitalhilfe von 200 Millionen DM für Salzgitter wurde nicht nur mit Hängen und Würgen (ja sogar unter Anrechnung längst gewährter Darlehen) durchgesetzt, sondern mußte 1967 noch von der neuen Regierung abgeschlossen werden. Was die Große Koalition nunmehr kurzerhand bereitzustellen beschloß (300 Millionen DM), wäre früher unmöglich gewesen.

Hätte man z.B. wenigstens Teile der Erlöse aus der PREUSSAG-, VW- und VEBA-Privatisierung in damals schon kranke Bundesunternehmen gesteckt, wäre es um diese heute fraglos nicht so schlecht gestellt. Und wäre mancher frühere Schatzminister gewillt gewesen, alle Vorstände bundeseigener Unternehmen mit dauerhaft leistungsfähigen Fachleuten zu besetzen, dann wäre manches Image heute nicht so arg ramponiert.

Ansätze, um Verlustquellen zum Versiegen zu bringen, sind nicht nur bei der Salzgitter-AG zu erkennen. Dieses Mammutunternehmen mit seinem Sitz im niedersächsischen Zonenrand scheint aber besonders gewisse personelle Veränderungen bitter nötig zu haben, wenn das vom Schatzministerium in Übereinstimmung mit dem Bundesvermögensausschuß zu beeinflussende Management Aussicht auf Erfolg haben soll. Um ein solches Management, das allerdings eine personelle und organisatorische innerbetriebliche Straffung voraussetzt, dreht es sich zunächst. Im Interesse der Erhaltung der Arbeitsplätze ist eine solche Unternehmensführung gegenüber der zweiten Variation vorzuziehen, bei der bundeseigene Konzerne in Beteiligungsgesellschaften umzuwandeln wären; in einem solchen Falle würden also andere das Management übernehmen. In Bonn dürfte man sich für die erste Form des Managements entschließen, aber das verlangt zugleich nach initiativfreudigen Obergesellschaften, in deren Vorständen alle außergewöhnlichen Doppelfunktionen vermieden, Teile von Vorständen verkleinert und gleichzeitig die Zahl der Tochtergesellschaften durch Zusammenlegung verringert werden müssen. Der zukünftige Vorsitzende des Salzgitter-Vorstandes kann z.B. nicht zur gleichen Zeit VEBA-Aufsichtsratsvorsitzender sein, wozu ihn einmal der frühere Schatzminister Dr. Werner Dollinger (ODU) bestellt hatte.

Management statt Politikum heißt, sich freimachen von allen Resentiments der Vergangenheit, von unternehmerischem und personellem Ballast in den Führungsgremien bundeseigener Konzerne. Die politische Aufgabe dieser Unternehmen liegt einzig und allein darin begründet, daß es an der Zeit ist, die Arbeitsplätze zu sichern und Gewinne zu erwirtschaften. Wenn durch Rationalisierung Arbeitsplätze freiwerden, müssen sie zur gleichen Zeit durch Aufnahme neuer Produktionen ersetzt werden.

Bundeseigene Unternehmungen müssen in Zukunft beweisen, daß es sich in ihren Bereichen immer noch zu investieren lohnt, auch speziell in Salzgitter, was aber offensichtlich noch bis zum Präsidenten Berg vordringen muß, weil dieser schließlich den Hinweis schuldig blieb, wie man die politisch begründeten Standortbedingungen des Zonenrandgebietes mit den klimatischen Bedingungen Grönlands vergleichen kann.

Säuberung in Polen

Auf der Abschußliste: Zionisten, Katholiken, Pro-Chinesen und Diebe

H.P.R. - Während in Zusammenhang mit der osteuropäischen Israel-Politik aus den Reihen der meisten kommunistischen Parteien nur sporadische Proteste, meist von Seiten einiger Intellektueller, zu vernehmen waren, sieht sich die "Polnische Vereinigte Arbeiterpartei" offenbar einem echten Konflikt zwischen ihren Mitgliedern gegenüber, denn schon 14 Tage nach Kriegsausbruch mußte Parteichef Wladyslaw Gomulka in einer zweistündigen Rede dazu Stellung nehmen. Wörtlich stellte er fest: "Wir wollen in unserem Lande keine Fünfte Kolonne. Es gibt bei uns zionistische Zirkel, die der israelischen Aggression applaudierten und sie zum Anlaß von Trinkgelagen genommen haben!"

Einen Monat später schloß sich der polnische Verteidigungsminister Sychalski dieser Kritik an, indem er feststellte, jede proisraelische Einstellung sei schlechthin "antisozialistisch und antinational", und in einem abermals einen Monat später veröffentlichten Artikel aus der Feder des Warschauer Parteisekretärs Stanislaw Kociulek wird sogar mit einer generellen Säuberung der Partei gedroht, die bereits im Herbst beginnen soll. Sogar über das vermutliche Ausmaß dieser größten Säuberung seit vielen Jahren kann man aus dieser Veröffentlichung, die den Titel "Die Träger der Aktivität" trägt, schon Genaues erfahren: Von den nicht einmal zwei Millionen polnischen Parteimitgliedern sollen sich 120 000 bis 200 000 vor jetzt zu formierender Partei-Untersuchungskommissionen für ihre politische, oder, wie man gerne allgemeiner sagt, für ihre menschlich-moralische Haltung verantworten.

Daß nicht alle von ihnen ihr Parteibuch umgetauscht bekommen werden, geht schon daraus hervor, daß bereits im vergangenen Jahr, das nicht von einer solchen Großaktion begleitet wurde, 30 000 Mitglieder und Kandidaten der Partei ausgeschlossen worden sind, darunter drei Provinzsekretäre für Propaganda und Erziehung und der bekannte Professor Leszaw Kolakowski - was zu einer offenen Rebellion unter den Intellektuellen führte. Daß sich die polnische Partei jedoch nicht nur durch Aussonderung der Freunde Israels "gesundschrumpfen" will, kann man wiederum einem Referat des Gomulka-Freundes Zenon Kliszko entnehmen, der sich bereits auf dem 8. Plenum der Partei im Mai gegen "Revisionisten, liberale Kleinbürger und Nationalisten" wandte, und der bereits erwähnte Sekretär

Kociolok spielt in seinem schon genannten Artikel außerdem auf prochinesische Elemente und Träger katholischen Gedankenguts in der Partei an. Von Marschall Spychalski erfährt man außerdem, daß auch der Generalität eine Säuberung nicht schlecht bekäme. Als zahlenmäßig größte Gruppe unter den wahrscheinlichen Opfern der Parteisäuberung treten außerdem "korrupte" Parteimitglieder auf, auf deren Konto ein großer Teil der halben Million Wirtschaftsverbrechen in den letzten vier Jahren kommt.

Mit anderen Worten - vor der angekündigten Herbetsäuberung kann in Polen keiner sicher sein. Vielleicht gibt es nur eine wichtige Gruppe, die eine Ausnahme machen darf: die Angehörigen der sogenannten Fraktion der "Partisanen", die sich vorwiegend aus ehemaligen polnischen Widerstandskämpfern zusammensetzt. Während jene polnischen Altkommunisten, die den Krieg vor allem in der Sowjetunion oder in von den Sowjets aufgestellten militärischen Verbänden verbracht hatten, inzwischen von eingefleischten Stalinisten zu moskautreuen "Revisionisten" geworden sind, verfolgen die "Partisanen" unter Führung von Innenminister General Moczar außenpolitisch einen scharf antideutschen, aber auch verspürbaren antirussischen Kurs, innenpolitisch aber eine sehr harte Linie, die im Grunde nur auf Erhaltung ihrer eigenen Privilegien in der polnischen Gesellschaft ausgerichtet ist.

Mit Hilfe eines 750 000-Mitglieder-"Verbandes der Kämpfer für Freiheit und Demokratie" haben sie innerhalb von zehn Jahren 200 000 ihnen nahestehende oder zugehörige Bürger mit Auszeichnungen und Orden und damit einer um 25 Prozent höheren Rente versorgt; selbst Bauern und Handwerker genießen, obgleich ihnen in Polen sonst dieses Recht nicht zusteht, mit Hilfe des Partisanenverbandes freie ärztliche Versorgung. Postersposten werden ebenso wie Direktorensessel von hier aus besetzt. Außerdem kontrollieren die Partisanen bereits den polnischen Geheimdienst, die Staatspolizei, die Miliz und große Teile der Armee; über Ryszard Strzelecki versuchen sie außerdem, den Parteiapparat in den Griff zu bekommen. - Das ist ihnen bisher nur zum Teil gelungen - nur ein Politbüromitglied ist ihrer Fraktion zuzuzählen, und im Zentralkomitee sind lediglich 15 bis 20 Prozent "Partisanen". Nicht einmal General Moczar, der Mann im Hintergrund dieser "pressure group", konnte bisher in hohe Parteifunktionen aufrücken. Man geht kaum fehl in der Annahme, daß sich Moczar für seine Gruppe durch die kommende Säuberung eine bessere Plattform für den nächsten Parteikongreß sichern möchte, der im kommenden Jahr stattfinden soll.